



Widerstand gegen die Entscheidung des Finanzamts Frankfurt: Aktive fordern im Sommer 2015 vor der Staatskanzlei in Wiesbaden, dass Attac wieder als gemeinnützig anerkannt wird. Foto: Attac

Zivilgesellschaft ist gemeinnützig

Es geht um die Basis für politisches Engagement: Allianz aus Vereinen und Stiftungen streitet für Gesetzesänderung



Stefan Diefenbach-Trommer

Allianz für Gemeinnützigkeit

„Gemeinnützig“ ist ein Begriff aus dem Steuerrecht. Organisationen oder Stiftungen, die als gemeinnützig anerkannt sind, erhalten steuerliche Vorteile. Die Definition ist schlicht: Die Allgemeinheit muss selbstlos gefördert werden – und zwar „auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet“.

Demnach sollte das Engagement für Menschenrechte gemeinnützig sein, ebenso für soziale Gerechtigkeit oder die Forderung nach gleichen Rechten für alle sexuellen Identitäten. Schön wäre das. Leider ist es nicht so. Denn das Steuerrecht hinkt dem gesellschaftlichen Konsens darüber, was gemeinnützig ist und

wie die Gesellschaft funktioniert, hinterher. Es gibt in der Abgabenordnung, dem Steuergesetz, eine Liste gemeinnütziger Zwecke. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist dabei, andere sexuelle Identitäten kommen nicht vor. Auch Menschenrechte stehen nicht darin. Menschenrechtsorganisationen mussten daher in den vergangenen Jahren ihre Satzung ändern. Wer gegen Rassismus kämpft, muss Völkerverständigung in die Satzung schreiben – und betreibt damit fast selbst Rassismus.

Doch auch Initiativen und Organisationen, die einen der im Gesetz aufgelisteten gemeinnützigen Zweck verfolgen, bekommen Probleme, wenn sie ihren Zweck mit politischen Mitteln erfüllen. Demonstrationen, Bürgerbegehren, Kampagnen – die Finanzverwaltung sieht da die Grenze der Förderung der Allgemeinheit erreicht. Dann wird Gemeinnützigkeit schnell zum Korsett statt zur Erleichterung. Doch tatsächlich ist politisches und gesellschaftliches Engagement nicht nur eine Sache von Parteien.

Damit die Gemeinnützigkeit gut passt, müssen Initiativen ihre Ziele einem der Zwecke der Abgabenordnung zuordnen und klar und deutlich in die Satzung schreiben, wie sie dieses Ziel verfolgen wollen. Viele Finanzämter sind großzügig und bemängeln eine sehr weite Auslegung der gesetzlichen Zwecke nicht. Andere sind furchtbar streng und reizen die Grenzen des Steuerrechts aus. Besonders hervor tut sich dabei gerade das Frankfurter Finanzamt, das erst Attac, dann der Prostituierten-Initiative „Dona Carmen“ die Gemeinnützigkeit aberkannt hat. Die Vorwürfe sind stets: Zu politisch und Betätigung jenseits des Satzungszwecks.

Natürlich könnten Initiativen für eine bessere Welt auf die Gemeinnützigkeit verzichten. Ihre SpenderInnen müssen dann darauf verzichten, die Zuwendungen von der Steuer abzusetzen. Das ist in vielen Fällen verschmerzbar. Doch schwierig wird es, wenn die Arbeit durch andere Institutionen gefördert werden soll. Bestes Beispiel: die Bewegungsstiftung. Sie kann nur gemeinnützige Gruppen fördern.

Damit das Steuerrecht an diese Realität angepasst wird und zivilgesellschaftliche Organisationen einen angemessenen Rechtsrahmen erhalten, hat die Bewegungsstiftung mit anderen Organisationen die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ gegründet. Mittlerweile sind mehr als 60 Vereine und Stiftungen dabei, von Amnesty International bis zum Vegetarierbund. In den vergangenen Monaten ist es der Allianz gelungen, in Gesprächen mit Landesregierungen und allen Bundestagsfraktionen das Thema zu setzen, doch der Weg zu einer Lösung ist noch weit.

Da die Mitgliedsbeiträge der Allianz für Gemeinnützigkeit allein nicht reichen, um die Arbeit weiter zu finanzieren, ist sie auf Spenden angewiesen. Mehr Informationen zu der Allianz, ihren Mitgliedern und ihren Forderungen finden Sie auf:

www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Termine

Strategiewerkstatt

26. bis 28. Februar 2016
in Berlin

Handelshemmnisse aller Länder, vereinigt Euch!

Wie steht es um den Protest gegen das Freihandelsabkommen TTIP? Gastbeitrag von Kay Oliver Schulze von unserem Förderprojekt „Ich bin ein Handelshemmnis“



Tausende gehen seit Monaten gegen das Freihandelsabkommen TTIP auf die Straße - wie hier bei der Agrarwende-Demo "Wir haben es satt" im Januar 2015 in Berlin. Foto: Attac

Zölle nerven. Steckerformen auch. Verschiedene Autoblinder und Skistiefel. Und dann erst diese ganzen Gemeinwohl-Regulierungen: Kultursubventionen, kommunale Stadtwerke, Tabak-Gesundheitshinweise, Schadstoffauflagen für Öl und Benzin. Solche Dinge hindern etliche Unternehmen, ihre jeweiligen Geschäftsfelder zu erweitern oder Kosten einzusparen. „Handelshemmnisse“ ist der Sammelbegriff – denn gegen „freien Handel“ kann doch niemand etwas haben, oder?

Gegen Handelshemmnisse aller Art gibt es jetzt TTIP, das Handels- und Investitionsschutzabkommen zwischen EU und USA; oder auch CETA, zwischen EU und Kanada; und noch einige vergleichbare Abkommen mehr. Die internationale Industrielobby leistet hier ganze Arbeit, führt Hinterzimmergespräche, formuliert Vertragstexte vor, zahlt umfangreiche Werbekampagnen. Denn schließlich profitieren ja alle davon, wenn sich überall die günstigsten Produktionsbedingungen durchsetzen und ehemals öffentliche Dienstleistungen endlich der Effizienz des Marktes unterworfen werden – sagen die Lobbyisten. Dumm nur, dass viele das anders sehen. 3,3

Millionen Menschen europaweit haben die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI) gegen TTIP & CETA unterzeichnet. 250.000 protestierten am 10. Oktober in Berlin auf der seit langem größten Demo hierzulande. Schon beim „Global Trade Day“ am 18. April gab es rund 750 Aktionen und Demos auf allen fünf Kontinenten. Denn was Wirtschaftslobbyisten als Handelshemmnis umdefinieren, sind für uns vielfach wertvolle Errungenschaften zum Zwecke des Gemeinwohls. Und dafür gehen wir auch auf die Straße.

Das Thema TTIP mit seiner merkwürdig technischen Abkürzung hat eine ungeahnte Po-

pularität erlangt und öffentlichen Streit ausgelöst. Doch es wäre zu kurz gegriffen, nur dieses Abkommen allein abzuwehren. Share e.V. und Attac wollen die Strukturen hinter der Welthandelspolitik, die verbindende Logik der diversen Handelsabkommen aufzeigen. Und wie könnte das besser gehen, als wenn wir die Vorgehensweisen und Propagandabegriffe unserer Gegner demaskieren? 3,3 Millionen Menschen gegen TTIP und CETA, das sind 3,3 Millionen aktive „Handelshemmnisse“ ganz anderer Art, die sich ganz bestimmt nicht mal eben abbauen lassen.

Kampagne enthüllt Konzerninteressen

Und so haben wir dank finanzieller Unterstützung der Bewegungsstiftung die sEBI-Unterschriftensammlung mit einer augenzwinkernden Aufklärungskampagne begleitet. Unsere Materialien und unsere Webseite setzen direkt am Lebensumfeld der Menschen an, enthüllen die Konzerninteressen hinter den Abkommen und bewerben die sEBI als Protestaktion. Viele hundert UnterstützerInnen sind unserem Aufruf gefolgt, „outeten“ sich als Handelshemmnis und luden ein entsprechendes Selbstporträt auf unsere Webseite.

Derweil haben Attac-Gruppen die Anregung aufgegriffen und auf konkrete Bedrohungen vor Ort hingewiesen: Etwa, dass der kleine Buchladen nicht überleben kann, wenn das „Handelshemmnis“ Buchpreisbindung abgeschafft würde; dass kleinbäuerliche Produktion vor Ort aufgeben muss, wenn die Wochenmärkte dem Weltagrarmarkt (und seiner Agrarindustrie) noch stärker ausgesetzt würden; oder dass in den Verhandlungen ganz grundlegend unsere Demokratie angegriffen wird. Offenbar gilt sie als größtes Handelshemmnis überhaupt.

Wir finden: Der Durchmarsch der Profitinteressen darf gerne mal gehemmt werden. Und wir arbeiten daran, dass noch viel mehr Menschen von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen und selbstbewusst bekräftigen: „Ich bin ein Handelshemmnis!“

www.ich-bin-ein-handelshemmnis.de

Aktiv gegen die globale Erwärmung

BewegungsarbeiterInnen vorgestellt: Die Aktivistin Dorothee Häußermann streitet für Klimagerechtigkeit und einen sofortigen Kohleausstieg



Dorothee Häußermann unterstützt auch Aktionen zivilen Ungehorsams, wie etwa die Besetzung von Kohlegruben.

Fotos: Privat

Was ist der Klimawandel und wie lässt er sich stoppen? Dieser Frage widmet Dorothee Häußermann ihr ganzes Engagement. „Für viele ist der Klimawandel ein abstraktes Phänomen, nur ein Hintergrundrauschen in der öffentlichen Wahrnehmung.“ Die ehemalige Deutsch- und Englischlehrerin hat in einer Berufspause 2009 an einem Klimacamp in England teilgenommen. Dadurch inspiriert ging sie von nun aktiv gegen die globale Erwärmung vor. „Das Treffen mit anderen Aktiven hat mir einen Anstoß gegeben. Es war ein Gefühl des Aufbruchs.“

Schon vorher hat sie viel über die Bedrohungen, die vom Klimawandel ausgehen, erfahren. Ein Beispiel dafür: Schon jetzt ist absehbar, dass in Folge von Trinkwassermangel, Dürren oder Naturkatastrophen Millionen Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Die Vereinten Nationen rechnen damit, dass im Jahr 2050 rund 250 Millionen Menschen auf der Flucht sein werden. Das sind zehnmals so viele wie heute.

Vier Jahre steckte Dorothee den größten Teil ihrer Zeit in unbezahlte politische Arbeit. Als ihre Ersparnisse zuneige gingen, entschied sie, sich als Bewegungsarbeiterin zu bewerben. Seit ihrer Aufnahme in das Programm im Som-

mer 2015 können PatInnen sie mit Spenden unterstützen. „Das Geldproblem ist noch nicht ganz gelöst, aber mehr in den Hintergrund gerückt“, sagt Dorothee. Je mehr PatInnen sie gewinnen kann, desto unabhängiger und freier wird sie in ihrer Arbeit.

Dorothee ist vor allem bei ausgeCO2ht und der Attac-AG Energie, Klima und Umwelt aktiv. Die 41-Jährige wohnt in Dörverden bei Bremen auf einem ehemaligen Bauernhof, der zu einer WG umgestaltet worden ist. Von hier aus organisiert sie Info-Veranstaltungen, Vernetzungstreffen und schreibt Texte für Newsletter oder Pressemitteilungen. Diese Schreibtischarbeit macht einen großen Teil ihrer Arbeit aus.

Im rheinischen Braunkohlerevier in der Nähe von Köln organisiert Dorothee mit ihren MitstreiterInnen Klimacamps. Sie wollen dort ansetzen, wo der Klimawandel sichtbar wird. Auf drei Großtagebauen wird hier Braunkohle zur Verstromung gefördert. Diese Art der Energiegewinnung ist besonders klimaschädlich. Zudem müssen ganze Landstriche den Baggern weichen. Im besonderen ist der Hambacher Forst bedroht, ein Altwald mit großer Artenvielfalt. Nach dem Abbau werden von ehemals 5.500 Hektar nur noch 300 bestehen bleiben.

Auf den Camps, an denen zuletzt über 1.500 Menschen teilnahmen, wird über Lösungen diskutiert. „Es geht nicht nur um Klimaschutz, sondern um Klimagerechtigkeit“, sagt Dorothee. „Wie gehen wir damit um, dass diejenigen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen haben, am meisten davon betroffen sind? Wie können wir alternativ wirtschaften, um keine oder weniger Ressourcen zu verbrauchen? Jeder muss sich dabei der eigenen Verantwortung bewusst werden.“

Deshalb unterstützt Dorothee Häußermann auch Aktionen zivilen Ungehorsams, wie etwa die Besetzung von Kohlegruben. Damit wurde in Großbritannien der Neubau des Kohlekraftwerks Kingsnorth verhindert. „Ich gehe eigentlich nicht gerne auf Konfrontation. Aber die Situation ist so drastisch, dass ich finde, dass Online-Appelle und das Bereitstellen von Informationen alleine nicht reichen“, sagt Dorothee. Ihr ist es nicht genug, nur zu den Wahlen zu gehen, und gleichzeitig mitanzusehen, wie die Zerstörung jeden Tag weiter fortschreitet. „Ich habe gesehen, wie AktivistInnen es geschafft haben, einen riesigen Kohlebagger zu stoppen – das war inspirierend und hat gezeigt, dass wir den Kohleausstieg selbst durchsetzen können, wenn wir wollen. Für einen Tag, oder – wenn wir mehr werden – für immer.“

Markus Bruns

Werden Sie PatIn! Schon mit 10 Euro im Monat können Sie die Arbeit von Dorothee oder die der anderen BewegungsarbeiterInnen fördern. Alle Infos unter: www.bewegungsarbeiter.de

Unsere neuen Förderprojekte



Zwei unserer neuen Förderprojekte: Die Kampagne „Intelexit“ versucht, GeheimdienstmitarbeiterInnen zum Ausstieg zu bewegen. „Schulfrei für die Bundeswehr“ will die Werbemaßnahmen der Bundeswehr an Schulen stoppen. Fotos: Intelexit (Nicki Jaussi/Paul Wagner), Schulfrei für die Bundeswehr

Kampagnenförderung

Intelexit

Spätestens seit der NSA-Affäre ist klar: Geheimdienste werden nicht ausreichend demokratisch kontrolliert und verstoßen mit Massenüberwachung und vielen weiteren Skandalen regelmäßig gegen Verfassung und demokratische Ethik. Mit der Kampagne Intelexit will das Peng!-Kollektiv GeheimdienstmitarbeiterInnen zum Ausstieg aus diesem Treiben bewegen und hat dazu einen halb fiktiven, halb realen Austeiger-Verein erschaffen. Mit Flugblattabwürfen per Drohne, Plakatflächen und Performances vor Geheimdienstzentralen will Intelexit MitarbeiterInnen zum Umdenken bewegen und eine öffentliche Debatte anstoßen.

Förderung: 13.100 Euro
www.intelexit.org

Jetzt schlägt's 13!

Die Kampagne des Vereins aktion./arbeitsunrecht macht auf Unternehmen aufmerksam, die auf skrupellose Weise ihre Angestellten schikanieren und gewerkschaftliche Organisation verhindern wollen. Bei diesem Treiben werden sie häufig von beratenden Anwaltskanzleien unterstützt. Um diese Methoden anzuprangern, veranstaltet der Verein jedes Mal, wenn ein Freitag auf den 13. eines Monats fällt, bundesweite Aktionstage, an denen sich Gruppen und Einzelpersonen beteiligen können. Mit Online-Petitionen, Pressearbeit, Flugblättern und Telefonaktionen soll Druck auf die Unternehmen aufgebaut werden, die besonders aggressiv gegen ihre Beschäftigten vorgehen.

Förderung: 15.000 Euro
<http://arbeitsunrecht.de/freitag13>

Schulfrei für die Bundeswehr

Die Kampagne, die von FriedensaktivistInnen aus Baden-Württemberg getragen wird, will die Werbemaßnahmen der Bundeswehr an Schulen stoppen. Dazu sollen Auftritte von Karriereberatern der Bundeswehr und Jugendoffizieren in Schulen verhindert und der Besuch von Schulklassen in Kasernen skandalisiert werden. Mit den Aktionen und dazugehöriger Pressearbeit soll die Öffentlichkeit insbesondere vor der Landtagswahl 2016 für das Thema sensibilisiert werden. Ziel ist es, dass das Kultusministerium seine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr kündigt. Die Bewegungsstiftung hat die Kampagne bereits 2011 mit 7.000 Euro gefördert.

Aktuelle Förderung: 11.600 Euro
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Impressum

Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden – **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe** Stefan Diefenbach-Trommer, Kay Oliver Schulze, Markus Bruns – **Verantwortlich** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de – **Kontakt** Telefon 04231 95 75 40, Fax 04231 95 75 41, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de – **Bankverbindung** Bewegungsstiftung, GLS-Bank, BIC GENODEM1GLS, IBAN: DE 564306 0967 0046 3144 00 – **Grafik-Design** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de – **Druck** Pachnicke, Göttingen – Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Den Wandel gestalten – unsere neue Infobroschüre

kann kostenlos bei uns bestellt werden.

Einfach eine E-Mail senden an
info@bewegungsstiftung.de



Von Geld, Protest und der Macht der Moskitos

Rund 50 Menschen tauschten sich Ende November bei unserer Tagung „Philanthropie und Transformation“ in Berlin über Strategien zum sozialen Wandel aus



Wie kann eine gerechte Transformation aussehen? Darüber diskutierten (v.l.) Uwe Schneidewind (Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie), Harald Welzer (Stiftung Futurzwei), die Journalistin Christiane Grefe und Barbara Unmüßig (Heinrich-Böll-Stiftung) mit den Teilnehmenden der Tagung.

Foto: Kai Horstmann

Es war eine dieser Begegnungen, die noch lange in Erinnerung bleiben. „Wir haben keine Zeit mehr zum Analysieren und Pläne schmieden. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen!“, appellierte Annie Leonard, Chefin von Greenpeace USA an die Teilnehmenden unserer Tagung Philanthropie und Transformation.

Wobei Begegnung nicht ganz zutreffend ist, denn Annie sprach per Videoübertragung via Skype zum Publikum. Doch das tat der Überzeugungskraft der Konsumkritikerin keinen Abbruch, die für ein Wirtschaftssystem jenseits umweltzerstörenden Wachstums eintritt: „Wir brauchen Besseres, nicht mehr von allem.“

Ihr Vortrag war einer der Höhepunkte auf der Tagung, die Ende November in Berlin stattfand. Rund 50 ReferentInnen aus dem In- und Ausland, StifterInnen und PhilanthropInnen kamen dort zusammen und diskutierten, welchen Beitrag Vermögende zu einer gerechten Transformation leisten können. Wie lässt sich Klimawandel und Umweltzerstörung stoppen? Mit welchen Mitteln kann man Hunger, Krieg, Flucht und wachsender sozialer Ungleichheit begegnen?

Diese Vielzahl von Krisen beleuchteten Harald Welzer, Sozialpsychologe und Gründer der Stiftung Futurzwei, Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung und Uwe Schneidewind vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie bei einer Podiumsdiskussion. Während Unmüßig deutlich machte, dass rund um den Globus die Verteilungskämpfe um Rohstoffe, Wasser und Land enorm zunehmen und zivilgesellschaftliche Bewegungen in vielen Ländern unter Druck stehen, sah Welzer auch Lichtblicke, zum Beispiel in dem großen Anteil der Bevölkerung, die Flüchtlinge in Deutschland in den letzten Monaten willkommen geheißen hat. Für Welzer ist das eine große zivilisatorische Leistung, die Hoffnung schafft.

Ein Lichtblick ist auch die Divestment-Kampagne zum Klimaschutz aus den USA. Clara

Vondrich, Direktorin von Divest-Invest Philanthropy, berichtete davon, wie die Kampagne institutionelle und private Anleger aus den USA und weltweit dazu bewegt, ihr Geld aus den fossilen Brennstoffen abzuziehen und so die Branche das Fürchten lehrt. Die Bewegungsstiftung ist übrigens die erste deutsche Stiftung, die sich angeschlossen hat.

Auch über das Scheitern reden

Es folgte ein weiterer Blick über den deutschen Tellerrand: Womit beschäftigen sich soziale Bewegungen in anderen Ländern Europas? Mit welchen Problemen haben sie zu kämpfen? Und wie fördern Stiftungen dort? Darüber diskutierten Jordi Vaquer, Europa-Direktor der Open Society Foundations und Jo Andrews vom Stiftungsnetzwerk Ariadne. Wichtigste Erkenntnis: Viele Bewegungen in Europa haben mit massiven Beschränkungen zu kämpfen – durch Verbot von Finanzhilfen aus dem Ausland, bürokratische Auflagen und restriktive Gesetze. Und: Geldgeber sollten sich über Ländergrenzen hinweg vernetzen und sich dabei nicht nur über ihre Erfolge, sondern auch über ihr Scheitern austauschen. Denn aus Fehlern lässt sich lernen. Und wer die Fehler der anderen kennt, muss sie nicht selber machen.

Vom Investor zum Aktivisten

Den Abschluss bildete ein Gespräch mit dem Stifter Hans Schöpflin. Der Erbe des Textilunternehmens Schöpflin war in den 60er Jahren in die USA ausgewandert, hatte dort eine Karriere als Unternehmer und Investor gemacht und Ende der 90er Jahre begonnen, sich in der Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung zu engagieren. Vor einigen Jahren kehrte Hans Schöpflin nach Deutschland zurück und gründete die Schöpflin-Stiftung mit Sitz im badischen Lörrach, die Kampagnen gegen das Freihandelsabkommen TTIP fördert, ein Projekt mit scheinbar übermächtigen Gegnern. Doch gegen das Gefühl der Ohnmacht, so Hans Schöpflin, helfe ein Satz der Bodyshop-Gründerin Anita Roddick. „Wenn du denkst, dass du zu klein bist, um Einfluss zu haben, versuch mal mit einem Moskito im Zimmer ins Bett zu gehen.“

„Das Grenzregime steht mit dem Rücken zur Wand“

Interview mit unserem Bewegungsarbeiter Hagen Kopp zur Situation der Flüchtlinge in Europa und zu ihrem Kampf um Bewegungsfreiheit



Seit den Flüchtlingsprotesten Anfang September in Ungarn sind die Menschen auf der Balkanroute mit Bussen und Zügen unterwegs, berichtet Hagen Kopp (l.). Er hat diese syrische Familie im slowenischen Dobova fotografiert.

Fotos: Kai Horstmann, Hagen Kopp

Tausende Flüchtlinge kommen jeden Tag noch Europa. Wie schätzt du die Situation ein?

Hagen Kopp: Es ändert sich täglich so viel, dass es schwer ist, eine beständige Einschätzung zu geben. Seitdem Anfang September tausende Flüchtlinge in Ungarn den Marsch der Hoffnung starteten und Deutschland und Österreich die Leute einreisen lassen, sind die Menschen mit Bussen und Zügen in einer Art offenem Korridor unterwegs. Jetzt setzen die EU-Regierungen alles daran, diesen Erfolg wieder einzudämmen, mit Zäunen, Grenzkontrollen und Schnellverfahren zur Abschiebung, aber das wird ihnen nicht so schnell gelingen. Insgesamt sind die letzten Monate davon gekennzeichnet, dass es unglaubliche Erfolge gab.

Welche Erfolge meinst du?

Wir hätten uns letztes Jahr nie und nimmer vorstellen können, dass das Grenzregime so mit dem Rücken zur Wand steht, dass die Grenzschutzagentur Frontex machtlos zusehen muss, wie sich Zigtausende von Leuten hier durchkämpfen. Vor fünf Jahren saßen Flüchtlinge über Jahre in Athen fest. Jetzt erleben wir, dass es Menschen von Griechenland bis hier nach Deutschland in zehn Tagen schaffen. Das ist erst einmal ein großartiger Erfolg.

Wie schätzt du die weitere Entwicklung in Europa ein?

Europa steht an einem Wendepunkt. Geht es in Richtung Orbanisierung, das heißt, wird Ungarn mit seinen Zäunen, Soldaten und der Abschottung zum Vorbild? Dann kann Europa sein Freiheitsversprechen, das es vor sich herträgt, endgültig begraben und wir steuern auf mehr soziale Spaltung hin. Oder schaffen wir es, die Fluchtwege offen zu halten und gemeinsam mit den Migranten für soziale Rechte wie etwa das Recht auf billiges Wohnen zu kämpfen? Denn in meinen Augen gibt es keine Flüchtlingskrise, sondern eine Gerechtigkeitskrise. Von der Sparpolitik der letzten Jahre sind auch die Menschen in Europa betroffen. Hier müssen wir Bündnisse aufbauen.

Inwiefern haben die Terrorakte in Paris die Situation geändert?

Die Anschläge werden instrumentalisiert für weitere Abschottung und Kontrollen. Deshalb ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen: Viele Flüchtlinge aus dem Irak, Somalia, Afghanistan sind genau vor diesem islamistischen Terror geflohen.

Was sind deine aktuellen Projekte?

Hier vor Ort in Hanau organisieren wir zurzeit Infoveranstaltungen zu Abschiebeankündigungen, die bei den Flüchtlingen, zum Beispiel aus Afghanistan, für viel Angst sorgen, aber juristisch kaum durchzusetzen sind. Außerdem

war ich in den letzten Wochen zweimal mit unserem neuen Projekt Moving Europe auf der Balkanroute unterwegs. Mit einem Kleinbus leisten wir Nothilfe, verteilen Decken, Wasser, Babynahrung und liefern Strom, damit die Menschen ihre Handys aufladen können. Außerdem bin ich beim Alarmphone von Watch the med aktiv, einem 24-Stunden-Notrufsystem für Bootsflüchtlinge, bei dem mittlerweile wöchentlich bis zu 100 Anrufe eingehen.

Du bist seit Jahren im Flüchtlingsbereich aktiv und immer wieder mit dem Leid konfrontiert, das das europäische Abschottungssystem produziert. Wie gehst du damit um?

Wenn mich zurzeit Leute fragen, wie bist du drauf, dann antworte ich: Ich spüre so eine Mischung aus Erschöpfung und Begeisterung. Einerseits Trauer und Entsetzen, was Menschen riskieren müssen, um nach Europa zu kommen. Gleichzeitig erlebe ich, dass viele aus dem Erlebten mit einem starken Selbstbewusstsein rausgehen und sich organisieren. Und der Flucht von tausenden Menschen steht Frontex machtlos gegenüber. Das heißt, unsere langjährige Forderung nach Bewegungsfreiheit wird im täglichen Kampf von den Menschen selbst durchgesetzt. Das ist ein großartiger Erfolg, der auch Kraft gibt.

Zur Langversion des Interviews: www.bewegungsstiftung.de/koppinterview.html